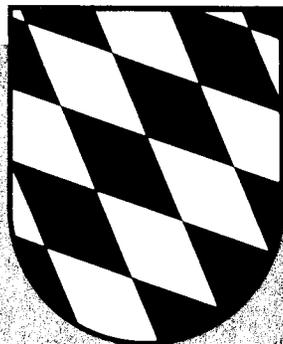
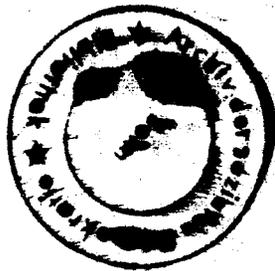


# Tür auf für den Fortschritt



Schwerpunktprogramm der  
Sozialdemokratischen Partei  
Bayern



A 88-6087

**Herausgeber: SPD-Landesverband Bayern**  
**Verantwortlich: Heinz Schmude, München 2, Oberanger 38/V**  
**Gesamtherstellung: Druckhaus Neue PRESSE, Coburg**

*Die Bundesrepublik Deutschland wird seit dem Oktober 1969 zum erstenmal in ihrer Geschichte von einem sozialdemokratisch geführten Kabinett regiert. Eine Politik der Verständigung und des Friedens nach außen und der zügigen Reformen nach innen sind die obersten Ziele dieser Regierung. Die CDU/CSU-Außenpolitik des Festklammerns an brüchigen Doktrinen wurde abgelöst durch Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten und der DDR, die ausgehen von den gegebenen Realitäten. Im Westen hat die europäische Einigungsbewegung neue Impulse erhalten.*

*In der Innenpolitik gilt der Abscheu vor jeglichem Vorausdenken und Planen nicht mehr als Tugend. Die kurzsichtige und kurzfristige CDU/CSU-Politik führte zu verantwortungsloser Nachgiebigkeit gegenüber mächtigen Interessen und sah bei fundamentalen Fehlentwicklungen tatenlos zu.*

*Wir Sozialdemokraten werden die Grundsätze unserer Gesellschaftspolitik, wie wir sie im Godesberger Programm beschlossen haben, mit Energie und Sachverstand in die Tat umsetzen. Wir wollen eine breite Streuung des gemeinsam erarbeiteten Vermögens. Der Konzentrationsprozeß seit dem Kriege zugunsten einiger weniger muß gestoppt werden. Ein soziales Bodenrecht hat zu verhindern, daß eine kleine Zahl von Bodeneigentümern sich zu Lasten der Allgemeinheit bereichert. Unsere Bürger haben Anspruch auf gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen, auf gleichwertige Lebensbedingungen und auf mehr Mitbestimmung in den verschiedenen Lebensbereichen. Diesen Ansprüchen werden wir uns stellen. Wir werden endlich den Fragen der Gesundheitsvorsorge, der langfristigen sozialen Sicherung, der Stadterneuerung die Bedeutung einräumen, die ihnen zusteht. Wir Sozialdemokraten sind bereit, die notwendigen Reformen durchzusetzen.*

*Der Wechsel in Bonn stärkt auch die Position der Sozialdemokraten in Bayern bei ihren Bemühungen um Reformen.*

**13 Jahre CSU-  
Regierung sind genug**

Zwei Aufgaben – Landesentwicklungspolitik und Bildungsreform – überragen alles, was eine bayerische Staatsregierung zu lösen und zu leisten hat. Sie sind sicher nicht leicht zu bewältigen, denn die Bilanz von 13 Jahren CSU-Herrschaft enthält als dicke Passivposten einen schleichenden Raubbau an unserer Umwelt, eine unausgewogene Entwicklung unseres Landes, extrem ungleiche Lebensbedingungen und ein unterentwickeltes Bildungssystem.

Die CSU versucht jetzt, von ihren Fehlleistungen abzulenken: Ihr Kultusminister entfaltet eine betriebsame Hektik und beschließt, kurz vor den Wahlen, bunt zusammengewürfelte Einzelmaßnahmen. Ihr Vorsitzender ergeht sich in nationalistischem Geschimpfe gegen die Außenpolitik der Bundesregierung.

Wir Sozialdemokraten werden uns dadurch nicht abhalten lassen, weiter für Reformen in Bayern zu kämpfen. Bayerns Probleme werden nur durch eine konstruktive und fortschrittliche Politik in Bayern gelöst. Mit diesem Schwerpunktprogramm stellen wir unsere Antwort auf die Herausforderungen der 70er Jahre in den beiden Kernbereichen der Landespolitik zur Diskussion. Die Aussichten, eine solche Politik zu verwirklichen, sind nach dem Wechsel in der Bundesregierung günstiger als je zuvor. Unsere Politik, die auf Veränderungen und Reformen drängt, hat an Boden gewonnen. Die kommenden Monate bis zur Wahl werden wir zur weiteren Aufklärung und Information über die Probleme unseres Landes nutzen.

Wir fordern alle Bürger auf, unsere Vorstellungen kritisch zu prüfen und bitten um ihre Unterstützung.

Volkmar Gerber

**Inhalts-  
verzeichnis**

I. Lage und Entwicklung Bayerns . . . . .	7
II. Die Herausforderung der 70er Jahre . . . . .	11
III. Die Antwort der anderen . . . . .	13
IV. Die Antwort der Sozialdemokraten . . . . .	19
V. Prioritäten in der Landespolitik . . . . .	41
VI. Der finanzielle Rahmen . . . . .	43
VII. Bayern ist reif für einen politischen Wandel . . . . .	45



**Wir werden die  
Lebensbedingungen  
verbessern. Überall  
in unserem Land**

## **A. Lage und Bestand**

Bayern ist ein Land im Umbruch. Die allgemeinen Lebensbedingungen, die Umwelt und die Produktionsverhältnisse ändern sich rasch. Vieles ist noch aufzuholen und nachzuholen.

*Bayerische Arbeitnehmer verdienen im Durchschnitt weniger als ihre Kollegen im übrigen Bundesgebiet. Der Bruttostundenlohn in der Industrie in Bayern lag im Juli 1969 rund 0,50 DM unter dem Niveau des gesamten Bundesgebietes. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – die Gesamtheit aller erzeugten Güter und Leistungen – blieb 1968 noch um 8% unter dem Bundesdurchschnitt.*

*1969 waren noch 16% der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig (Bundesgebiet 8,8%). Der Dienstleistungssektor, der Wirtschaftsbereich, dem die Zukunft gehört, konnte sich noch nicht so weit entfalten wie im Bundesgebiet (Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen 1968 in Bayern 39%, im Bundesgebiet 43%).*

*Die Siedlungsstruktur Bayerns kann nicht als zeitgerecht gelten. In großen Teilen des Landes fehlen leistungsfähige, städtische Zentren. Eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Investitionen und Leistungen wird dort extrem teuer und konnte deshalb auch nicht erreicht werden.*

*Diese Siedlungsstruktur behindert die weitere Industrialisierung und die dringend notwendige Entfaltung eines differenzierten Angebotes privater Dienstleistungen. Der empfindliche Mangel an Ärzten in einigen ländlichen Regionen ist nur ein Kennzeichen dafür.*

*Das Bildungssystem in Bayern ist unterentwickelt. Es entspricht nicht den Anforderungen unserer Zeit.*

Bayern ist ein Land mit extrem ungleichen Lebensbedingungen – ein Land mit zwei Gesichtern. Auf der einen Seite stehen attraktive Verdichtungsgebiete, die als Magnet weit über die Grenzen Bayerns hinaus wirken. Dort sind die Zukunftsindustrien Elektronik, Da-

tenverarbeitung und Elektroindustrie, aber auch die Forschungszentren konzentriert. Auf der anderen Seite stehen viele Regionen weiter im Schatten. Eine schlechende Abwanderung, ein überalterter Wohnungsbestand, ein starkes Bildungs- und Lohngefälle, ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitsplätzen und ein unterentwickelter Dienstleistungssektor sind die deprimierenden Ergebnisse der Strukturpolitik der Vergangenheit. Gerade in den letzten Jahren gelang es nicht, diese Unterschiede auszugleichen:

*Von 1965 bis 1968 wanderten aus Niederbayern rund 10 000 Personen ab. In Oberbayern wanderten dagegen 170 000 Personen zu. Die Zahl der Industriebeschäftigten stieg während dieser Zeit in Niederbayern und in der Oberpfalz langsamer als in Oberbayern. In Oberfranken stagnierte sie seit 1961 völlig. Der Branchenfächer in den Monostrukturgebieten (Textil- und Feinkeramik) konnte nicht nennenswert erweitert werden. Der Durchschnittsstundenlohn in der Industrie (Bruttolohnsumme dividiert durch geleistete Arbeitsstunden der Arbeiter und Arbeiterinnen) stieg zwischen Oktober 1965 und Oktober 1969 in Oberbayern um 1,47 DM, in Niederbayern dagegen nur um 1,07 DM, in Oberfranken um 1,14 DM und in der Oberpfalz um 1,12 DM. Das Lohngefälle hat sich also weiter verschärft.*

*In Niederbayern lag der Durchschnittsstundenlohn in der Industrie im Oktober 1969 um 1,05 DM, in Oberfranken um 0,84 DM, in der Oberpfalz um 0,70 DM hinter Oberbayern zurück.*

## **B. Triebkräfte der Entwicklung**

Die vergangenen Jahre waren gekennzeichnet durch ein zwar hohes, aber unausgewogenes und ungeordnetes wirtschaftliches Wachstum.

In einer nachgeholten Entwicklung kam es in Bayern angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus fast zwangsläufig zu hohen Zuwachsraten der Industriebeschäftigten und des Bruttoinlandsprodukts. Als Er-

folg einer durchdachten oder aktiven Strukturpolitik können diese Ergebnisse nicht angesehen werden. Aufgabe einer solchen Politik wäre es vor allem gewesen, für eine ausgewogene Entwicklung unseres Landes zu sorgen. Ein hohes Entwicklungstempo war aus verschiedenen Gründen sowieso zu erwarten.

*In Bayern war zwar noch ein großer Teil der Beschäftigten in wenig produktiven Bereichen tätig, doch diese Wirtschaftszweige gaben Jahr für Jahr Arbeitskräfte an die produktiven Branchen ab. Dieser ständige Wechsel von unproduktiven zu produktiveren Tätigkeiten führt zu hohen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts, ohne zusätzlichen technischen Fortschritt und ohne daß dabei der Kapitaleinsatz je Arbeitskraft in den Aufnahmesektoren steigen muß.*

*Bayern nahm nach dem Kriege Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge auf. Bei dem geringen Industrialisierungsstand kam es zu einem großen Überangebot von Arbeitskräften. Zu einer Zeit, als im Bundesgebiet Arbeitskräfte schon längst knapp wurden, herrschte in Bayern immer noch strukturelle Arbeitslosigkeit. Diese „Reservearmee“ drückte auf das Lohnniveau. Die vorhandenen Industrien konnten kostengünstig produzieren. Für außerbayerische Industrieunternehmen wurden viele bayerische Gebiete zu kostengünstigen Standorten, in denen sich Neuansiedlungen lohnten, sofern es gelang, ihre Ansprüche an öffentliche Versorgungsleistungen zu erfüllen. Gerade die sozialdemokratisch regierten Städte konnten dabei besondere Erfolge erzielen. Moderne Wachstumsindustrien siedelten sich an. Die Branchenstruktur der Gesamtindustrie und damit die zukünftigen Entwicklungschancen Bayerns verbesserten sich durch diese Entwicklungspolitik der Städte entscheidend.*

*Begünstigt wurde die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns durch die guten natürlichen Umweltbedingungen und den hohen Wohn- und Freizeitwert vieler bayerischer Städte. Gut ausgebildete Arbeitskräfte waren und sind bereit, hierher zu ziehen. Das unter-*

**Den Erfolg der SPD-Politik in den Städten tragen wir aufs Land**

*streicht die Notwendigkeit, diesen natürlichen Reichtum Bayerns zu bewahren und zu erhalten.*

### **C. Die weitere Entwicklung**

Ohne eine aktive Landesentwicklungspolitik wird sich in den kommenden Jahren der unausgewogene Wachstumsprozeß fortsetzen. Die Branchenstruktur der Industrie ist, aufs Ganze gesehen, günstig, doch wird die einseitige räumliche Verteilung der Wachstumsindustrien die leider bestehenden Unterschiede zwischen verschiedenen Landesteilen eher verschärfen als verkleinern. Gleichzeitig setzt sich der Umschichtungsprozeß der Beschäftigten zwischen verschiedenen Branchen unvermindert fort. Er wird sich jedoch verändern. Das Wachstum muß in Zukunft stärker als bisher durch erhöhten Kapitaleinsatz und technischen Fortschritt getragen werden. Die Gesamtzahl der Beschäftigten steigt, verglichen mit der Vergangenheit, langsamer an. Dadurch wird in mehreren Industriezweigen die Zahl der Beschäftigten zurückgehen. Es wird zu erheblichen Freisetzungen kommen. In vielen Industrieorten mit einseitiger Branchenstruktur oder geringer Zahl von Betrieben fehlen bis jetzt alternative Verdienstmöglichkeiten. Eine Landesentwicklungspolitik muß gerade diese beiden Tatsachen berücksichtigen.

Die Herausforderungen der 70er Jahre an die bayerische Politik ergeben sich neben der besonderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Lage Bayerns aus den allgemeinen technischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Die eine Quelle dieser Herausforderungen bleibt der ständige Zuwachs an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Explosion des Wissens muß verarbeitet werden. Sie führt zu einem permanenten Wandel der Produktionsverhältnisse, zu anhaltenden Leistungssteigerungen und zu höherem Lebensstandard. Wir erleben aber auch Veränderungen des gesellschaftlichen Bewußtseins, denen wir uns stellen müssen.

### **Die Herausforderungen im einzelnen**

1. Die Forderung unserer Bürger nach größerer, aktiver Mitgestaltung ihrer Lebensverhältnisse wird immer stärker. Die oft erstarrten Formen des politischen Lebens zeigen die Berechtigung dieser Ansprüche. Die Kluft zwischen den tatsächlichen Entscheidungsprozessen in vielen Institutionen und diesem Anspruch ist unübersehbar. Wir müssen uns dem Anspruch nach Mitbestimmung stellen.
2. Dieser Anspruch ist eng verbunden mit einem wachsenden Bildungsbedürfnis. Veraltete Denkmodelle oder einen übermächtigen Einfluß von Einzelinteressen in der Politik können wir nur überwinden, wenn wir eine umfassende Ausbildung aller Bürger durchsetzen. Gleichzeitig legen wir damit das Fundament für eine wirkliche Chancengleichheit.
3. Bayern ist ein Land mit hoher Zuwanderung. Dabei lebt noch ein überdurchschnittlich großer Teil der Bevölkerung in einer Umwelt, in der viele Einrichtungen fehlen, um die modernen Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Verstädterungsprozeß und Wanderungsbewegungen zusammen müssen unter klaren Zielvorstellungen durch bewußte politische Entscheidungen gestaltet werden.

**Wir werden die Schere  
zwischen privatem  
Wohlstand und  
öffentlicher Armut  
schließen**

4. Bayern steht in einem raschen Entwicklungsprozeß. In der Landwirtschaft beobachten wir einen bisher nicht dagewesenen Strukturwandel. Die Automation schreitet voran. Die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor steigt. Forschen, Planen, Verwalten und Verkaufen werden die vorherrschenden Tätigkeiten der Zukunft.
5. Diese Veränderungen stehen in engem Zusammenhang zum Prozeß der Verstädterung und der Bedrohung unserer Umwelt. Die günstigen Umweltbedingungen, der hohe Wohn- und Freizeitwert waren in der Vergangenheit ein wichtiger Aktivposten der Entwicklung Bayerns. Dieser Aktivposten muß erhalten bleiben.
6. Der öffentliche Sektor sieht sich größeren Aufgaben gegenüber. Der Bedarf an öffentlichen Investitionen und Leistungen wächst. Seit langem zeigt sich ein immer krasserer Widerspruch bei der Verwendung unseres Sozialprodukts. Das private Einkommen steigt schnell. Jedoch privates Einkommen wird immer weniger zum alleinigen Maßstab des Lebensstandards. Der Farbfernsehapparat im Wohnzimmer desjenigen, der im Krankenhaus auf dem Gang liegen muß, sind Symbol einer Gesellschaft, in der die Schere zwischen privatem Wohlstand und öffentlicher Armut immer weiter auseinanderklafft.

Die CSU hat in den vergangenen Jahren, verstrickt in zusammenhangloser Interessenpolitik, fixiert auf konservative Ziele und beschränkt auf unzulängliche Methoden, keine tragfähige Konzeption für die kommenden Jahre entwickelt. Am Ende der Legislaturperiode steht sie mit leeren Händen ohne eine Antwort auf die Herausforderungen der kommenden Jahre da. Überhastet werden Programme zusammengezimmert, Selbstverständlichkeiten zu großen Erfolgen hochgehobelt und abgeleierte Platten aus den 50er Jahren wieder aufgelegt, um die Wähler bei der Stange zu halten.

#### **CSU-Rezept Nr. 1**

#### **Die Rezepte der CSU haben versagt**

Die CSU weckt bei vielen Bürgern die trügerische Hoffnung, es gäbe Wachstum ohne Wandel. Sie gaukelt den Menschen vor, eine CSU-Politik würde das Unmögliche schaffen und steigende Einkommen, wachsenden Wohlstand sowie ständig steigende Produktivität herbeiführen, gleichzeitig aber auch eingefahrene Verhaltensweisen, die überkommene Umwelt oder gewohnte Tätigkeiten konservieren. Statt aufzuklären und durch Aufklärung zu helfen, marschiert die CSU an der Spitze derer, die immer neue Ängste vor dem sozialen Wandel wecken. Sie blockiert eine rationale Bewältigung dieser Veränderungen. Konservative Politiker laufen lediglich eigenen Wunschträumen nach, wenn sie den Problemen des 20. Jahrhunderts die scheinbar harmonische Welt aus Zwergindustrie, Zwergschulen und Zwerggemeinden entgegensetzen. Nur CSU-Ohren können bei diesem Dreiklang eine Harmonie heraushören. Für uns ist die Dissonanz gegenüber den Herausforderungen der 70er Jahre unüberhörbar.

#### **CSU-Rezept Nr. 2**

Die CSU treibt eine Erfüllungspolitik zugunsten mächtiger Interessen. Dabei ist sie durchaus bereit, Verän-

derungen durchzusetzen, die dem Machtstreben dieser Gruppen dienlich sind. Die Gesellschaft wird zu einem Apparat, der funktionieren muß. Reformen werden nicht mehr vorangetrieben, um die Gesellschaft humaner und demokratischer zu gestalten.

In einer Einführung in die Regeln dieser Politik wären die einzelnen Kapitel mit folgenden Überschriften zu versehen:

*Produzenteninteressen gehen vor Konsumenteninteressen*

*Großgrundbesitzer- und Spekulanteninteressen gehen vor Mieterinteressen*

*Wachstumspolitik durch ungehemmte Vermögenskonzentration*

*Steuervergünstigungen für die Großindustrie, Krokodilstränen für den Mittelstand*

*Vorrang des privaten Egoismus vor öffentlichen Interessen*

*Profitstreben geht vor sozialem Ausgleich*

### **CSU-Rezept Nr. 3**

#### **Die CSU-Politik vergiftet die Atmosphäre**

Diese Politik des Ausverkaufs der öffentlichen Interessen und des Gemeinwohls an einzelne Gruppen weckt Unbehagen und Unzufriedenheit. Als Reformersatz nährt und fördert die CSU dafür einen primitiven Nationalismus Hugenbergischer Prägung. Unbekümmert um die Folgen ergötzen sich die CSU-Politiker an ihrem nationalistischen Gepolter und Geschimpfe. Diese Politik vergiftet nicht nur die Atmosphäre der Nüchternheit und Besonnenheit in der Außenpolitik. Sie hat auch konkrete innenpolitische Auswirkungen: Exporte und Direktinvestitionen der Großindustrie sind plötzlich mehr als Instrumente eines friedlichen Wettbewerbs und der Steigerung des Wohlstands, sie werden zu Symbolen nationalen Geltungs- und Machtstrebens. Damit ist eine Begründung gefunden für viele Begünstigungen von Unternehmerinteressen.

Die Bildungsreform wird in den Dienst des Profitstrebens gestellt. Ihre humanen Zielsetzungen treten in den Hintergrund.

Diese Kombination aus lokaler Kirchturmspolitik, nationaler Kraftmeierei und Erfüllungspolitik an mächtige Interessen hat sich als propagandistisch recht erfolgreich erwiesen. Die Einseitigkeit und Widersprüchlichkeit dieser Politik läßt sich an vielen Einzelmaßnahmen immer wieder zeigen.

*Auf die Forderung nach einer Erneuerung unseres Bildungssystems findet man die quantitative Antwort: Die 6. Universität ist im Entstehen. Auf dem alten brüchigen Fundament wird also noch ein Stockwerk errichtet. Vor einer gleichzeitigen inneren Reform schreckt man zurück. In der Schulpolitik wird jahrelang an der Konzeption der Zwergschule zur Erhaltung der CSU-Wählerreserven festgehalten und Milliarden Mark sinnlos verpulvert.*

*Landesplanung wurde lange als Sünde wider den Geist der Marktwirtschaft angesehen. Als diese Ideologie einen geordneten Produktionsprozeß in Gefahr brachte, war man auch zur Planung bereit. Doch sie wird verstanden als ein bürokratischer Prozeß an dem allenfalls bevorzugte Gruppen beteiligt werden. Die Chance, möglichst viele Menschen an der Gestaltung ihrer Zukunft mitarbeiten zu lassen, wird verspielt. Großräumige Planungsregionen werden über eine kleinräumige politische Struktur gestülpt. Eine verantwortliche, politische Gesamtvertretung der betroffenen Bürger ist nicht vorgesehen.*

**Der CSU ist es nicht gelungen, die Abwanderung vom Land zu verhindern**

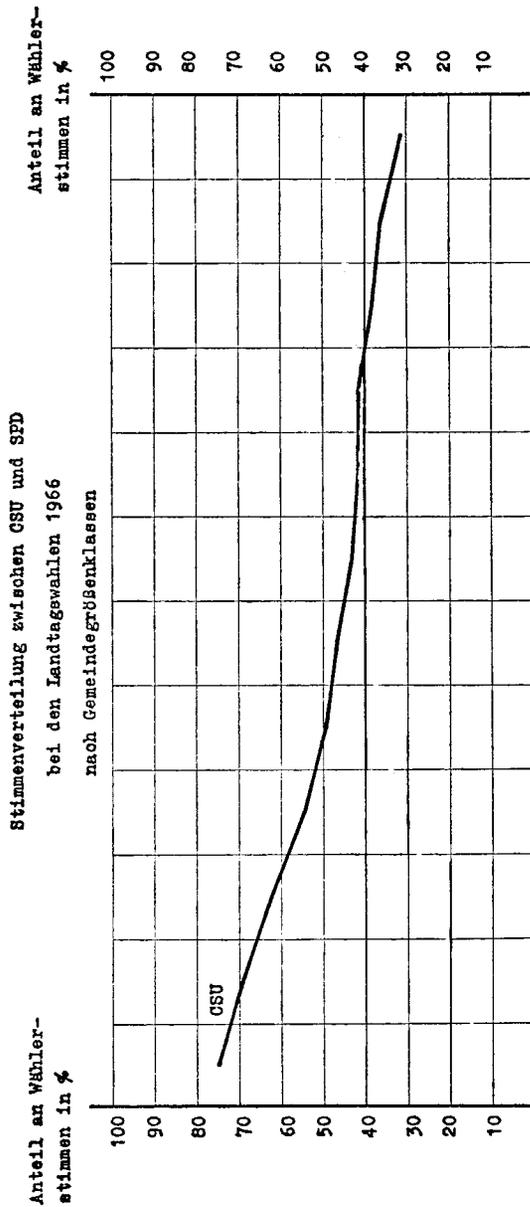
*Die CSU arbeitet mit dem Taschenspielertrick, sich föderalistisch zu gebärden, um tatsächlich einen bürokratischen Zentralismus zu betreiben. Dieser Scheinföderalismus dient lediglich dazu, überholte Strukturen zu konservieren.*

*Die CSU hat jahrelang eine Industrialisierung ländlicher Gebiete verhindert. Als die Notwendigkeit dazu immer deutlicher wurde, versprach sie, jedem kleinen Dorf seinen Industriebetrieb zu schaffen. Dieses Ver-*

*sprechen konnte sie nicht halten. Inzwischen folgt als nächste Schwenkung eine halbherzige Politik zugunsten kleiner ländlicher Schwerpunkte. Es gelingt jedoch nicht, die schleichende Abwanderung in die wenigen Verdichtungsgebiete zu stoppen. An die Stelle einer rationalen Konzeption der Landesentwicklung setzten viele CSU-Politiker eine ausgesprochene Stadtfeindlichkeit.*

Die CSU befindet sich in einem dauernden Zwiespalt. Hin- und hergerissen zwischen verschiedenen Gruppenwünschen, zwischen der Sehnsucht nach der guten alten Zeit und den Herausforderungen des 20. Jahrhunderts, gelingt es ihr nicht, eine geschlossene und tragfähige Konzeption für die Zukunft zu entwickeln. Zügige Reformen in Richtung auf eine offene, demokratische und urbane Gesellschaft sind von ihr aber auch deshalb nicht zu erwarten, weil ihre unmittelbaren Wahlinteressen dem entgegenstehen (vgl. Tab. über Wahlverhalten nach Gemeindegrößenklassen). CSU-Politik bleibt deshalb ein buntes Flickwerk. Maßnahmen werden zu spät oder nur halbherzig vorgenommen, sind daher unnötig teuer und verspielen die Chancen jener, denen man 10 Jahre früher die Wahrheit hätte sagen müssen.

Wer in diesem Stil Reformen als Rückzugsgefechte betreibt, der entzieht sich selbst die moralische Basis, als führende politische Kraft Bayerns aufzutreten.





**Unser Ziel:  
alle sollen aktiv am  
politischen Leben  
teilnehmen**

**A. Unsere Ziele**

Wir wollen ein Land, in dem demokratische Verhaltensweisen und demokratische Lebensformen alle gesellschaftlichen Bereiche gestalten. Die Lebenschancen eines jeden einzelnen dürfen nicht durch soziale Herkunft oder Geburtsort vorentschieden sein. Wir wollen einen Bürger, der sich kritisch mit seiner Umwelt auseinandersetzen kann. Er braucht das Rüstzeug, um seine Interessen in den gesellschaftlichen Konflikten zu erkennen und zu vertreten. Wir müssen ihm bessere Möglichkeiten schaffen, diese Konflikte nach demokratischen Spielregeln in Gemeinschaft mit anderen zu lösen. Noch heute sind die Wege dazu vielfach verbaut.

Diese Ziele werden wir nur erreichen, wenn eine Bildungsreform und politische Aufklärung jedem Bürger das Orientierungswissen liefern, das ihn zur aktiven Teilnahme am politischen und am gesellschaftlichen Leben fähig macht. Fehlendes und einseitiges Wissen treiben Menschen in die Isolierung und liefern sie aus an beliebige Propaganda. Deshalb ist eine Ausbildung mit neuen Bildungsinhalten das Fundament unserer Gesellschaft, die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen eine unserer zentralsten Aufgaben.

Es darf in Bayern keine Gemeinden und Regionen geben, in denen das politische Leben aus Abhängigkeit von höheren Verwaltungsinstanzen und mächtigen Einzelinteressen verkümmert oder zu einem Experten- und Interessentenklüngel entartet. Demokratische Bürger brauchen in ihren Kommunen und Regionen Aktionsfelder für verantwortliche politische Tätigkeit. Eine Gebietsreform muß die Voraussetzungen dafür verbessern.

Es darf auch keine Regionen geben, in denen der Mangel an beruflichen Aufstiegschancen oder die Eintönigkeit des Lebens gerade junge Menschen zur Abwanderung zwingt. Jede Abwanderung aus ländlichen Gebieten zeigt, daß die Menschen sich dort benachtei-

ligt fühlen. Sie ist eine deutliche Abstimmung gegen eine Politik der Konservierung und des Einfrierens überholter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Durch ihre Politik des Laufenlassens hat die CSU in der Vergangenheit die Kluft zwischen Verdichtungsgebieten und gestreut besiedelten ländlichen Regionen nicht verkleinert. Diese Politik ging zu Lasten der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir werden der Öffentlichkeit den Blick schärfen für die Kosten und Opfer einer reinen Wachstumspolitik. Wir werden alle Energien mobilisieren, um unsere Umwelt vor der Zersiedlung, Luftverpestung und Verschmutzung zu bewahren. Die Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt wird zu einer Hauptaufgabe der Zukunftsplannung in einer urbanen, hochentwickelten Gesellschaft.

## **B. Unsere bisherigen Leistungen und Initiativen**

Die Sozialdemokraten haben sich in den vergangenen Jahren im Landtag für diese Ziele eingesetzt. Hier seien nur die wichtigsten Anregungen und Initiativen aus verschiedenen Bereichen der Politik hervorgehoben.

*Landesentwicklungspolitik: Die SPD fordert seit Jahren energisch die Vorlage eines neuen Landesplanungsgesetzes, um die Bayerische Staatsregierung auf eine vorausschauende Landespolitik zu verpflichten und ihr das notwendige Instrumentarium zu schaffen. Die CSU verhinderte dieses Vorhaben lange Zeit aus Uneinigkeit, Verantwortungsscheu und Planungsfeindlichkeit. Wertvolle Zeit verstrich, bis die CSU ein Gesetz zustande brachte, das jedoch unseren Vorstellungen von einer demokratischen und modernen Landesentwicklungspolitik nicht entspricht.*

*Sicherung der Umwelt: Die SPD hat schon früh auf die Bedrohung unserer Umwelt hingewiesen. Wir haben ihrer weiteren Zerstörung den Kampf angesagt. Die CSU verhinderte 3 Legislaturperioden lang, daß*

**Die CSU macht  
gemeinsame Sache  
mit dicken  
Brieftaschen.  
Sie denkt nicht an die  
Menschen, die am  
Wochenende  
Erholung suchen.  
Unsere Antwort:  
Bayerns Seen  
sind für alle da**

*der Auftrag des Art. 141 der Bayerischen Verfassung erfüllt wurde. Die SPD hat mit ihrem Entwurf zum Naturschutzgesetz einen neuen Anlauf genommen, um dem Bürger den freien Zugang zu den Naturschönheiten, insbesondere Wäldern und Seeufern zu sichern. Die CSU wird zeigen müssen, wie ernst sie diese Ansprüche unserer Bürger nimmt.*

*Wir sind immer wieder für eine staatliche Förderung des Ausbaus der Naherholungsgebiete im Einzugsbereich der Großstädte eingetreten. Schon im November 1968 verlangte die SPD einen Plan zur Förderung der überörtlichen Erholungsgebiete. Unser Änderungsgesetz zum Naturschutzgesetz wird der Bedeutung des Naturschutzes in einer städtischen Gesellschaft gerecht. Die CSU hat taube Ohren. Die Forderung der Sozialdemokraten nach einem Naturschutzpark im Bayerischen Wald stieß auf so großen Widerhall, daß sich die CSU hier nicht widersetzen konnte.*

*Bildungspolitik: Die Sozialdemokratische Partei entwickelte bereits in den 50er Jahren weitreichende Perspektiven für ein modernes Bildungswesen. Sie forderte:*

*Die Abschaffung der alten konfessionellen Zwergschule.*

*Die Errichtung von Schulzentren für alle Schularten. Die Schaffung von Schulkindergärten und Ganztageschulen.*

*Die Abschaffung von Aufnahmeprüfungen für weiterführende Schulen.*

*Reform und Konzentration des berufsbildenden Schulwesens auf dem Lande.*

*Volle Verwirklichung der Lernmittelfreiheit und Übernahme der Schulwegkosten durch den Staat.*

*Eine moderne Hochschulgesetzgebung unter Einbeziehung der Fachhochschulen.*

Alle diese Vorschläge, Gesetzentwürfe und Anträge wurden von der CSU verschleppt, abgelehnt oder verwässert.

**Die CSU hat bisher  
nur gebremst.  
Vor allem unsere  
Initiativen für eine  
moderne  
Bildungspolitik**

*Gesundheitspolitik: Die SPD entwickelte ein umfassendes Programm zur Gesundheitsvorsorge. Die CSU sperrte sich anfänglich gegen diese Reformen. Als Beispiel für den langen Katalog bereits verwirklichter Maßnahmen mag erwähnt werden:*

*Das Gesetz zur Röntgen-Reihenuntersuchung zur Früherkennung der Tbc wurde verabschiedet. Bei diesen Untersuchungen wurden nicht nur zahlreiche unbekannte ansteckungsfähige Tbc-Fälle festgestellt, auch viele Lungenkrebserkrankungen konnten frühzeitig erkannt werden.*

*Der Zuckertest zur Früherkennung der Diabetes wird auch in Bayern durchgeführt.*

*Der Staat übernimmt die Kosten der Schluckimpfung gegen Kinderlähmung.*

*Zur Früherkennung von Schwangerschaftserkrankungen und zur frühzeitigen Erkennung der Blutgruppenunverträglichkeit bei Neugeborenen können sich werdende Mütter regelmäßig untersuchen lassen.*

*Wesentliche Fortschritte zur Früherkennung von Krebserkrankungen sind erzielt worden durch die Möglichkeit regelmäßiger Vorsorge-Untersuchungen für Frauen.*

*Auf das ständige Drängen der SPD geht auch die Vorlage eines Krankenhausplanes in Bayern zurück, der die Voraussetzung für die Schaffung eines bedarfsgerecht gegliederten Systems leistungsfähiger Krankenhäuser schafft und die Bettennot beseitigt.*

*Förderung des Sports: Auf eine Initiative der Sozialdemokraten geht der Landessportplan zurück, der damals eine Förderung des Schul- und Vereinssportes brachte.*

*Landesaltenplan: Wir konnten uns mit unseren Vorstellungen nach einem Landesaltenplan weitgehend durchsetzen.*

*Die Schaffung von mehr Altenwohn- und Pflegeheimen, Förderung von Altenwohnungen, Altenclubs und der*

**Die CSU beschneidet den Spielraum für Reformen. Wir werden das ändern**

*Altenerholung bleiben eine vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe.*

*Wohnungspolitik: Für die Sozialdemokratische Partei bleibt der soziale Wohnungsbau eine Daueraufgabe. Wir haben eine Erhöhung der Mittel und eine Verbesserung der Darlehensbedingungen immer für unerlässlich gehalten. Deshalb mußten wir uns allen Vorhaben widersetzen, die vorzeitig ein Ende der Wohnungsmarktregulierungen anstrebten, ohne Rücksicht auf die bestehenden Engpässe bei der Wohnungsversorgung.*

Fast alle Anregungen und Initiativen der SPD wurden von der CSU zuerst abgelehnt. Erst unter dem Druck der SPD und einer reformfreudigen Öffentlichkeit war die CSU mit Rücksicht auf ihre Wahlinteressen bereit, Teilreformen zu übernehmen. So konnten Sozialdemokraten, die inzwischen 21 Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten Bayerns stellen, durch ihre ständigen Initiativen im Landtag, durch ihre Politik in den Städten, Dörfern und Landkreisen die Entwicklung unseres Landes maßgeblich beeinflussen. Auch ohne ein fortschrittliches Landesplanungsgesetz wurde in vielen Verdichtungsgebieten durch freiwillige Zusammenarbeit Raumordnung praktiziert. Die ständige Bremspolitik der CSU im Parlament verzögert aber auf Kosten unserer Bürger die Entwicklung, beschneidet den Spielraum für Reformen, die die Sozialdemokraten in Bayern durchsetzen wollen.

## **C. Unser Programm für die Zukunft**

### **1. Langfristige Vorausschau – umfassende Information der Bürger über landespolitische Aufgaben.**

Die Bildungs- und Landesentwicklungspolitik hat mit drei Schwierigkeiten zu kämpfen:

*Informationen sind unübersichtlich und schwer zugänglich.*

*Erfolge oder Mißerfolge der Politik sind für den Bürger und die Politiker schwer zu beurteilen. Aus der tägli-*

**Eine umfassende  
Information soll  
Grundlage für  
demokratische  
Entscheidungen  
werden**

*chen Erfahrungswelt ergeben sich nur selten Bewertungsmaßstäbe.*

*Fehlentwicklungen werden zu spät und nicht klar genug erkannt. Wenn sie in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen, ist es vielfach schon zu spät, um sie noch zu verhindern.*

Eine SPD-Regierung wird deshalb *landespolitische „Frühwarnsysteme“ schaffen. Wir werden eine systematische Entwicklungs-, Berufs- und Bildungsforschung vorwärtstreiben. Ständige Prognosen und Lagebeurteilungen werden Entscheidungsgrundlagen für die Regierung liefern. Dort, wo entsprechende Forschungseinrichtungen in Bayern fehlen, werden wir, wie etwa bei Fragen der Umweltsicherung, die notwendigen Voraussetzungen schaffen.*

*Wir werden in regelmäßigen Abständen der Öffentlichkeit zusammenfassend berichten.*

*Ein Bildungsbericht wird über Ausbau und Reform des Bildungswesens informieren.*

*In einem Umweltbericht werden die Risiken und Gefährdungen der Umwelt dargestellt und Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen.*

*Ein Strukturbericht wird zusammengefaßte Informationen zur Landesentwicklung bieten, den Stand der Industrialisierung, der Agrarstrukturreform, der Verwaltungsreform und den Ausbau des tertiären Sektors festhalten und die weiteren Maßnahmen erörtern.*

Durch diese regelmäßige und umfassende Information sollen die Unterlagen für eine rationale Debatte landespolitischer Probleme geliefert werden. Wir schaffen damit auch die Voraussetzungen für eine schärfere Kontrolle der Regierung und für eine bessere Beurteilung der getroffenen Maßnahmen in der Öffentlichkeit.

**2. Umweltplanung, Städtebau, Industrialisierung, Entwicklung des Dienstleistungssektors, hohes Niveau der Versorgung mit öffentlichen Leistungen – fünf Elemente einer Landesentwicklungspolitik.**

**Unsere Pläne: Mehr  
Erholungsflächen für  
alle und wohnlichere  
Städte**

a) Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt  
Unsere Umwelt ist in Gefahr. Den egoistischen Raubbau an der Natur können wir nicht länger hinnehmen.

Eine SPD-Staatsregierung wird deshalb *den Naturschutz auf der Grundlage eines modernen Naturschutzgesetzes wesentlich verstärken; eine konsequente Raumordnung betreiben, die zusammen mit der kommunalen Bauleitplanung einer Zersiedelung der Landschaft vorbeugt und eine geordnete Ausdehnung der Städte ermöglicht; Naturschönheiten und Erholungsflächen vor dem Ausverkauf an wenige kapitalkräftige Privatpersonen sichern und der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freihalten und notfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechts freimachen (Art. 141 (3) Bayerische Verfassung);*

*Naherholungsflächen schaffen und ausbauen, Wanderwege und Erholungsparks anlegen sowie die Wälder schonen und erhalten;*

*die Kulturlandschaft erhalten, wenn diese in Gefahr gerät, infolge des Agrarstrukturwandels zur Sozialbranche herabzusinken, und die Maßnahmen derjenigen fördern, die als Landwirte und Landschaftsgärtner zur Erhaltung der Kulturlandschaft beitragen;*

b) Städtebau und Stadtsanierung

Unsere Städte dürfen nicht zu menschenfeindlichen Steinwüsten herabsinken. Eine SPD-Staatsregierung wird deshalb

*Stadtforschung, Wohnbauforschung, Siedlungs- und Bautechnik sowie städtebauliche Demonstrativ-, Versuchs- und Modellvorhaben besonders fördern und die Ergebnisse nutzbar machen;*

*den Grund- und Bodenwucher, insbesondere in Siedlungs- und Sanierungsgebieten, nachhaltig bekämpfen und den Kommunen eine weitsichtige Bodenvorratspolitik ermöglichen;*

*den Kommunen die gesetzlichen und finanziellen Mög-*

*lichkeiten an die Hand geben, in weitaus größerem Umfange als bisher Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungs- und Freizeitsportflächen anzulegen; den Bau von Gemeinschaftshäusern und Volksbüchereien besonders fördern; die Stadtsanierung zügig vorantreiben.*

Eine SPD-Staatsregierung vertraut dabei darauf, daß die neue Bundesregierung die jahrelang verschleppten Reformen mit dem Städtebauförderungsgesetz in Gang setzt. Sie wird zusammen mit den Kommunen dafür sorgen, daß die in diesem Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten sehr rasch zum Wohle der Allgemeinheit ausgeschöpft werden.

c) Ein Leitbild der zukünftigen räumlichen Entwicklung Eine einseitige Industrialisierungspolitik entspricht immer weniger den Anforderungen der Zukunft. Wir müssen gleichzeitig in allen Regionen die Voraussetzungen für ein breit gefächertes Angebot von Dienstleistungen und ein hohes Niveau der Versorgung mit öffentlichen Leistungen schaffen. Die bitteren Erfahrungen mit der CSU-Politik zwingen zu folgender Strategie:

*Das weit überdurchschnittliche Wachstum der Kernregion München muß gemildert werden – allerdings ohne restriktive Maßnahmen. In den Regionen Augsburg und Nürnberg – Fürth – Erlangen ist das weitere Wachstum zu stabilisieren. Um eine ausgewogene Entwicklung unseres Landes zu fördern, muß jedoch in zwei weiteren heute schon bestehenden Oberzentren, Würzburg und Regensburg, sowie in Oberfranken und Niederbayern eine wirksamere Standortkonkurrenz geschaffen werden.*

*Wir werden mindestens 10 Städte in den Regionen ohne Oberzentren als Entwicklungsschwerpunkte bestimmen. Ihr Wachstum wird besonders gefördert.*

*Im ganzen Land werden leistungsfähige Mittel- und Untertentren ausgebaut. Sie übernehmen als kleine Kerne lokaler Verdichtung die Versorgung der umliegenden*

**Nur die Konkurrenz mehrerer Unternehmen sorgt dafür, daß das Lohndiktat aufhört. Wir werden Industrien dort ansiedeln, wo sie den Menschen nützen**

*den Dörfer mit zentralen Leistungen und werden bevorzugte Standorte für zusätzliche industrielle Arbeitsplätze.*

Diese grobe Skizze eines Leitbildes der zukünftigen räumlichen Entwicklung zeigt, wir bejahen den Prozeß der Verstädterung, weil er den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten und bessere Lebensbedingungen bringt. Wir werden jedoch eine einseitige Überkonzentration in wenigen Verdichtungsgebieten genauso wie eine passive Sanierung weiter Landesteile verhindern.

d) Förderung der Industrieansiedlung in entwicklungsfähigen Orten – Milderung der Risiken des Strukturwandels für die Arbeitnehmer

Eine SPD-Staatsregierung wird:

*in den zu wenig oder zu einseitig industrialisierten Räumen die Neuansiedlung von zukunftssträchtigen Industrien und die Entwicklung der vorhandenen Betriebe planvoll fördern,*

*die besondere Stellung des Grenzlandes und des Zonenrandgebietes auch in Zukunft durch eine besondere Förderung berücksichtigen,*

*im übrigen die Förderungsmittel in Gesamtprogrammen zusammenfassen und nach überschaubaren Kriterien vergeben,*

*die Industrieansiedlung bevorzugt in entwicklungsfähigen Orten fördern, die günstige Standortbedingungen für mehrere Betriebe bieten. Der Einzugsbereich solcher Zentren sollte 20 000 Einwohner als Untergrenze nicht unterschreiten, dabei sollte die Fahrtzeit zum Arbeitsplatz  $\frac{1}{2}$  bis max. 1 Stunde nicht überschreiten, schwerpunktmäßig Entwicklungsgesellschaften gründen. Sie erhalten die Aufgabe der zentralen Information und Beratung für ansiedlungswillige Industriebetriebe. Sie sollten aber auch Beteiligungen übernehmen können, um das Risiko der Entwicklungspolitik mit zu tragen.*

*Diese Industrialisierungskonzeption mindert die Risiken und nachteiligen Folgen, die aus der Automation*

**Die Vorteile der  
Automation sollen  
allen zugute kommen.  
Dafür sorgt die  
Politik der SPD**

*und dem Strukturwandel unserer Wirtschaft für die Arbeitnehmer entstehen. Die Abhängigkeit von einzelnen Unternehmern wird aufgehoben, in größeren Orten ergeben sich im kommenden Strukturwandel leichter neue Berufschancen, wenn einzelne Betriebe oder Branchen stagnieren.*

*Eine SPD-Staatsregierung wird darüber hinaus durch gezielte Maßnahmen den Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern oder zu verändern. Wir werden die Fortbildungs- und Umschulungseinrichtungen ausbauen, damit jeder die Chance erhält, mit neuen Fähigkeiten die Vorteile der Automation zu nutzen.*

e) Öffentliche Investitionen und Leistungen als Instrument der Landesentwicklungspolitik

Die Standortbedingungen oder der Wohnwert in einer Gemeinde oder Region werden mehr und mehr bestimmt durch staatliche und kommunale Investitionen.

#### **Verkehrsinvestitionen:**

*Eine SPD-Staatsregierung wird darauf dringen, daß der Ausbau des überregionalen Verkehrsnetzes den Zielen der räumlichen Landesentwicklung dient. Die Oberzentren und die geplanten Entwicklungsschwerpunkte müssen untereinander schnell erreichbar sein. Das innerbayerische Verkehrsnetz muß so ausgebaut werden, daß die geplanten Entwicklungsschwerpunkte und Oberzentren zu den Verkehrsknotenpunkten der jeweiligen Regionen werden.*

*Besonders dringlich ist der Ausbau der Nahverkehrssysteme in den Verdichtungsgebieten. Priorität erhalten dabei die Massenverkehrsmittel. Wir werden nicht zulassen, daß unsere Städte den übermäßigen Flächenbedürfnissen eines ungehindert anschwellenden Individualverkehrs geopfert werden.*

#### **Sonstige Infrastruktur:**

Bei der Entscheidung über Standorte von Schulen bzw. Schulzentren, Zentren für Umschulung oder Rehabili-

**Unsere Raumordnungspolitik schafft neue Arbeitsplätze und mehr Straßen. Damit wir morgen alle besser leben**

tation, Krankenhäusern, Schwimmbädern und sonstigen öffentlichen Investitionen werden wir im Rahmen von Raumordnungsplänen die Ziele der Entwicklungspolitik fördern. Zwei Aufgaben erhalten oberste Priorität:

*Beseitigung der teilweise katastrophalen Engpässe bei der Versorgung mit Infrastruktur in den bestehenden Oberzentren bzw. Verdichtungsgebieten.*

*Beschleunigter und konzentrierter Ausbau der Infrastruktur in den Entwicklungsschwerpunkten, Mittel- und Unterzentren.*

Dieses Konzept erst bietet die Gewähr für eine kostengünstige und möglichst gleichmäßige Versorgung auf hohem Niveau für alle Gruppen unserer Bevölkerung.

f) Förderung der Zuwanderung in Entwicklungsschwerpunkte, Mittel- und Unterzentren. Konsolidierung der Entwicklung in den Verdichtungsgebieten.

Die Abwanderung aus den ländlichen Regionen in die bisherigen Verdichtungsgebiete muß gestoppt werden. Zu diesem Zweck wird eine SPD-Staatsregierung den Zuzug von Einwohnern in die geplanten Entwicklungsschwerpunkte, Mittel- und Unterzentren in diesen Regionen zusätzlich fördern

*durch zügige Stadtsanierung,*

*durch Angebot von Bauland zu günstigen Bedingungen, durch den Bau öffentlich geförderter Wohnungen.*

Diese Politik wird die Verdichtungsgebiete entlasten und dort eine Phase der inneren Konsolidierung begünstigen.

g) Reform des Bodenrechts

Jede Politik zur Entwicklung unseres Landes, unserer Städte und Dörfer hat heute mit den Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten der geltenden Bodenordnung zu kämpfen. Riesige Gewinne ohne Leistung auf der Seite der Eigentümer, ein katastrophaler Mangel an geeigneten Flächen für Schulen, Straßen, Erholungseinrichtungen, für den sozialen Wohnungsbau oder auch für In-

dustrieansiedlungen, das sind die Mängel, die wir beseitigen müssen.

Die SPD wird ein sozialeres und leistungsfähigeres Bodenrecht durchsetzen: Wertsteigerungen, die durch öffentliche Investitionen entstehen, müssen zur Finanzierung dieser Investitionen herangezogen werden. Wir werden Maßnahmen zur Dämpfung der Preissteigerungen entwickeln. Für die Zwecke des Gemeinschaftsbedarfs müssen ausreichende Flächen zur Verfügung stehen, und zwar zu Preisen, die mit der Funktion dieser Grundstücke vereinbar sind.

#### h) Agrarpolitik

Der Umschichtungsprozeß in der Landwirtschaft geht auch in Zukunft unvermindert weiter. Der Zwang, außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen zu erschließen, nimmt zu. Die Zahl der Landwirte, die auf ihren Höfen ein befriedigendes Einkommen erzielen können, wird erheblich abnehmen. Die SPD verschweigt diese Tatsachen nicht. Wir werden die Bauern über die kommenden Strukturveränderungen aufklären und ein realistisches und ehrliches Programm zur Entwicklung der ländlichen Räume durchsetzen.

Unser agrarpolitisches Ziel ist der leistungsfähige und flexible Vollerwerbsbetrieb, der kostengünstig produziert und in der Lage ist, sich auch an die zukünftigen Produktionsbedingungen anzupassen.

Eine SPD-Staatsregierung wird *zusammen mit der Bundesregierung ein großzügiges Investitionshilfeprogramm verwirklichen, das den entwicklungsfähigen Betrieben den Übergang zu rentablen Betriebsgrößen und Betriebseinheiten ermöglicht. Dazu werden wir Modellbetriebe fördern, die beispielhaft neue Lösungen zeigen, die Marktstellung der Bauern in unserem Agrarüberschußland durch den raschen Aufbau von Erzeugergemeinschaften und Absatzgenossenschaften stärken sowie die Erschließung neuer Absatzmärkte tatkräftig unterstützen,*

**Ein Bodenrecht,  
das nicht nur einige  
begünstigt:  
Wir werden es  
verwirklichen**

*die gebietsmäßige Schwerpunktbildung in der Erzeugung unter Berücksichtigung der regionalen Voraussetzungen fördern,*

*die Senkung der Produktionskosten durch die gezielte Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit erleichtern helfen,*

*den landwirtschaftlichen Bodenmarkt transparent machen, leistungsfähigen Bauern das Aufstocken ihrer Flächen insbesondere durch langfristige Pachtverträge erleichtern,*

*die zur Zeit völlig überforderte landwirtschaftliche Beratung ausbauen. Dazu werden Schwerpunkttämter mit entsprechenden Spezialberatern gebildet,*

*das ländliche Bildungssystem ausbauen und die Voraussetzungen für eine hervorragende berufliche Ausbildung schaffen,*

*sich für eine umfassende soziale Sicherheit der Landwirte nachdrücklich einsetzen. Dazu gehören die Krankenpflichtversicherung, die verbesserte Altersrente sowie die Angleichung des Unfallschutzes an die gewerbliche Wirtschaft.*

Eine SPD-Staatsregierung wird vor allem auch jenen Bauern helfen, die auf einen Nebenerwerb angewiesen sind oder völlig aus der Landwirtschaft ausscheiden wollen. Wir werden

*die sozialökonomische Beratung verstärkt ausbauen, die individuelle Entscheidungshilfen geben kann. Dadurch sollen verhängnisvolle berufliche Fehlentscheidungen und betriebliche Fehlinvestitionen vermieden werden,*

*den Übergang der Landwirte in andere Berufe durch verbesserte Umschulungseinrichtungen erleichtern, eine Reihe von Modellfällen für die extensive nebenberufliche Landbewirtschaftung in den verschiedenen Regionen schaffen, um jenen Landwirten praktikable Leitbilder zu geben, die langfristig Nebenerwerbslandwirte bleiben wollen.*

**Echte Chancen für Landwirte, die ihren Betrieb weiterführen wollen, aber auch ein klarer Blick für die Risiken: Dafür sorgt die Landwirtschaftspolitik der SPD**

Wir warnen vor der übertriebenen Nebenerwerbsideologie der CSU. Mit dem Übergang zum Nebenerwerb sind die Probleme des Strukturwandels in der Landwirtschaft auf die Dauer nicht zu lösen. Wir werden alle Bauern und Bäuerinnen über die Belastungen, Risiken und echten Chancen dieser Betriebsform aufklären.

i) Erleichterung der Anpassung der gewerblichen Unternehmen im technischen Fortschritt

Eine SPD-Staatsregierung wird den Branchen und Unternehmen, die mit besonderen Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, helfen: durch Beratung und Informationen, durch verbilligte Kredite und Verbilligung von Grundstoffen und Energie. Die Konkurrenzposition dieser Unternehmen wird dadurch gestärkt. Diese Hilfen dürfen jedoch nicht zu Dauereinrichtungen werden. Sie müssen die Entwicklungschancen der einzelnen Regionen verbessern.

### **3. Unsere Bildungs- und Kulturpolitik**

Ausgaben für das Bildungswesen sind nicht nur die bedeutendsten Zukunftsinvestitionen für unser Land, sondern auch ein Instrument zur Verwirklichung der sozialen Demokratie. Das derzeitige Bildungswesen versagt, weil es die Menschen nicht in die Lage versetzt, ihre Umwelt zu begreifen und wirksame Kontrollfunktionen auszuüben. Das Erziehungsziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist der rational denkende, sich entsprechend seinen Anlagen frei entfaltende und politisch bewußt handelnde Mensch, der in der Lage ist, mit Wissen kritisch umzugehen, die Umwelt schöpferisch mitzugestalten und für eine gerechtere Gesellschaft mit freien und gleichberechtigten Mitgliedern zu wirken.

Ein Bildungswesen nach sozialdemokratischen Vorstellungen muß

*Chancengleichheit für alle Kinder herstellen und damit soziale Gerechtigkeit ermöglichen,*

**Bildungschancen dürfen nicht länger vom Geldbeutel oder vom Wohnort abhängen. Dafür werden wir sorgen**

*demokratisch organisiert sein und so auf eine demokratische Gesellschaft vorbereiten, Solidarität und Toleranz als Grundsätze menschlichen Zusammenlebens einüben.*

In diesem Sinne müssen zahlreiche bisher vernachlässigte Aufgaben bewältigt werden.

a) Gleiche Bildungschancen auch für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten

*durch Information der Eltern,  
durch Einrichtung der vorschulischen Erziehung,  
durch eine verstärkte Ausbildungsförderung,  
durch eine intensive Schullaufbahnberatung.*

b) Gleiche Bildungschancen auch für regional benachteiligte Kinder

*durch verstärkte Einrichtung von zentralen Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum,  
durch Übernahme der Schulwegkosten durch den Staat.*

c) Bessere Bildungschancen für behinderte Kinder *durch einen verstärkten Ausbau des Sonderschulwesens im Rahmen von Schulzentren und Gesamtschulen sowie durch Schulversuche.*

d) Zusammenfassung und zügige Weiterentwicklung der bestehenden Schularten zur integrierten Gesamtschule innerhalb von 10 Jahren.

Die integrierte Gesamtschule ist die schulpolitische Konsequenz der Grundsatzentscheidung für die Demokratisierung der Gesellschaft. Ihr Prinzip ist Förderung statt Auslese. Sie ist grundsätzlich eine Ganztagschule und umfaßt das allgemeinbildende und berufsbildende Schulwesen.

Als Übergangsmaßnahmen schlägt die SPD vor: *Sofortige Erstellung eines bayerischen Gesamtplans für die Entwicklung von Schulzentren für das allgemeine und berufsbildende Schulwesen.*

*Schaffung neuer Schulhausbaurichtlinien, die sich an pädagogischen Erfordernissen orientieren und auch die Nutzung durch die Weiterbildung berücksichtigen.*

**Förderung statt  
Auslese: Inhalt einer  
fortschrittlichen  
Bildungspolitik.  
Wir werden sie  
verwirklichen**

*Verstärkte Versuche mit der Gesamtschule.*

*Angleichung der Lehrpläne in den Kernbereichen der weiterführenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasien).*

*Einführung eines freiwilligen 10. Hauptschuljahres mit mittlerem Abschluß oder eines Vollzeitjahres in der Berufsschule.*

e) Demokratisierung des Schulwesens

Die Demokratisierung der Gesellschaft darf nicht vor den Schultoren haltmachen. Chancengleichheit, Öffentlichkeit, Kontrolle und Selbstbestimmung werden nur Wirklichkeit, wenn

*die pädagogische Freiheit des Lehrers und seine Stellung gegenüber Schulleitung und Schulverwaltung durch Mitbestimmungselemente verstärkt werden,*

*den Schülern eine wirksame Vertretung ihrer Interessen auch durch einen überörtlichen Zusammenschluß ermöglicht wird,*

*Schüler und Lehrer das selbstverständliche Recht auf freie politische Diskussion in der Schule, Schüler und Schülergruppen auch das Recht auf politische Betätigung außerhalb des Unterrichts haben,*

*den Elternbeiräten ein größerer Mitwirkungsraum in der Schule gewährleistet wird.*

f) Neue Bildungsinhalte und Schwerpunkte

Die überholten Bildungsvorstellungen des 19. Jahrhunderts müssen durch neue Bildungsinhalte abgelöst werden, um zu einer gerechten Bewertung aller Leistungen zu führen — dies wird nur erreicht durch:

*Erziehung zur Denk-, Lern- und Kommunikationsfähigkeit,*

*Überprüfung und Durchforstung der Lehrpläne und einen weitgehenden Abbau des Stoffballastes,*

*Vertiefung des Wissens von Mensch und Gesellschaft durch Aufnahme von neuen Themen, z. B. aus Anthropologie, Psychologie, Politik, Wirtschaftswissenschaften, Rechtskunde und Soziologie,*

**Die Mitbestimmung.  
Eine wesentliche  
Forderung unserer  
Zeit. Wir werden ihr  
auch an den Schulen  
zum Durchbruch  
verhelfen**

**Modernes Denken  
und Handeln muß  
an unseren Schulen  
heimischer werden.  
Dafür schaffen wir  
die Voraussetzungen.**

*Intensivierung der musischen Erziehung als notwendiger Ausgleich in der Konsum- und Leistungsgesellschaft.*

g) Moderne Lehr- und Lernmethoden

*Unterricht in Leistungs- und Neigungsgruppen.  
Sinnvoller Einsatz von programmiertem Lernen und  
technischen Lehr- und Lernmitteln (z. B. Fernsehen,  
Sprachlabor).*

*Beseitigung der jetzigen Schulbuchinflation.*

h) Reform der Lehrerbildung

*Gemeinsame Lehrerausbildung an den Universitäten.  
Kernpunkte dieser reformierten Lehrerausbildung sind:  
pädagogisches und gesellschaftswissenschaftliches  
Grundstudium, Fachstudium für den Stufenlehrer. Ob-  
ligatorische Weiterbildung nach 5 Dienstjahren. Auf-  
stieg durch Aufbaustudien.*

i) Autonome Gesamthochschulen

Die Gesamthochschule soll die bisherigen wissenschaftlichen, künstlerischen und pädagogischen Hochschulen sowie die jetzigen Fachhochschulen umfassen. Als Sofortmaßnahmen schlägt die SPD vor:

*Die überholten Machtstrukturen werden abgebaut und von einer demokratischen inneren Ordnung abgelöst (Drittelparität).*

*Schneller Abbau von Zulassungsbeschränkungen.*

*Die Hochschulen sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung zu erhalten. Diese Autonomie dient u.a. der Bewahrung der kritischen Funktion der Hochschule für die Gesamtgesellschaft.*

*Bessere Nutzung und Ausbau der Raumkapazität, ergänzender Einsatz von Rundfunk und Fernsehen in den Massenfächern.*

j) Reform des Berufsschulwesens

*Aufnahme aller Einrichtungen des berufsbildenden Schulwesens in die Gesamtschule.*

**Nur wenn die Informationsfreiheit erhalten bleibt, können wir auch unser Programm zur Erwachsenenbildung verwirklichen**

*Vermittlung von gesellschaftlichem Orientierungswissen durch verstärkten Blockunterricht in zusammenhängenden Unterrichtseinheiten.*

k) Erwachsenenbildung als integrierter Bestandteil des Bildungswesens

Erwachsenenbildung ist Weiterbildung. Sie ist nicht nur ein Freizeitangebot für einige wenige Bildungswillige, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir alle dürfen das Lernen nicht verlernen. Wir alle müssen befähigt werden, an den Entwicklungs- und Umformungsprozessen aller Lebensbereiche teilzuhaben und mitzuwirken. Berufliche Fortbildung, Umschulung und Erwachsenenbildung, insbesondere politische Erwachsenenbildung, dürfen nicht isoliert gesehen werden. Die Erwachsenenbildung ist in Ausführung der Art. 83 und 139 Bayerische Verfassung gesetzlich zu sichern und der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen.

l) Sicherung der Informationsfreiheit

Umfassende Berichterstattung und freie Meinungsbildung durch Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gehören zum Fundament unserer freiheitlichen Demokratie. Das Bayerische Rundfunkgesetz bietet eine Grundlage zur Sicherung der Informations- und Meinungsfreiheit in Rundfunk und Fernsehen. Die Sozialdemokraten werden sich einer Änderung, insbesondere auch der Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehanstalten, widersetzen. Im Bereich der Presse besteht zwischen der öffentlichen Aufgabe der Redaktionen und den Maximen privatwirtschaftlicher Gewinnerzielung ein Gegensatz. Ihre öffentliche Aufgabe können die Redaktionen nur erfüllen, wenn sie vor Einflußnahme unter dem Gesichtspunkt der Gewinnerzielung oder aus anderen sachfremden Gründen geschützt werden.

Die Zuständigkeiten zwischen Verleger und Redaktionen sind deswegen durch ein gesetzlich gesichertes Redaktionsstatut zu regeln. Versuche, durch wirtschaftlichen Druck bestimmte Veröffentlichungen zu verhindern oder zu erreichen, sollen bestraft werden. Beson-

derer Aufmerksamkeit bedarf außerdem das Problem des faktischen Monopols einzelner Zeitungen in bestimmten Gebieten.

m) Förderung der Kunst und der Künstler als gesellschaftspolitische Aufgabe, denn sie ist ein Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft.

#### **4. Verbesserung der Verwaltungsstruktur zur Bewältigung dieser Aufgaben.**

Bildungsreform und Landesentwicklungspolitik können nicht zentralistisch verordnet werden. Die Ziele unserer Politik lassen sich nur verwirklichen, wenn in den einzelnen Regionen und Gemeinden die verantwortlichen politischen Gremien bereit sind, sie mitzutragen und zu realisieren. Die Verwirklichung unserer Vorstellungen setzt aber auch leistungsfähige Verwaltungseinheiten voraus, die in der Lage sind, die entsprechenden Reformen zu bewältigen.

*Deshalb sind in Bayern unter Würdigung der historischen Zusammenhänge und der sozio-ökonomischen Gegebenheiten alsbald etwa 20 Regionen zu bilden.*

*Die Regionalentwicklungspläne werden für die Regionen im Rahmen eines Landesentwicklungsprogrammes von regionalen Planungsgemeinschaften ausgearbeitet.*

*Durch qualifizierten Mehrheitsbeschluß ihrer Mitglieder können die regionalen Planungsgemeinschaften zu Regionalverbänden ausgebaut und ihnen auch Vollzugsaufgaben übertragen werden. Hierfür kommen insbesondere folgende Aufgaben in Betracht:*

- a) *Maßnahmen der Industrieansiedlung, Sicherung von Erholungsgebieten, Förderung des Fremdenverkehrs,*
- b) *Schulwesen,*
- c) *übergebietliche Wasserversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung.*

**Mit 20 Regionen  
beginnt der Fortschritt  
in der  
Verwaltung Bayerns**

Die Planungsgemeinschaften stellen weiter alle regionsbedeutsamen Investitionsvorhaben der Gebietskörperschaften in einer Mehrjahresübersicht zusammen, die alljährlich fortgeschrieben wird und die Herkunft der Finanzierungsmittel erkennen läßt. Dabei nehmen sie zu den Vorhaben und zur Verteilung der Förderungsmittel gutachtlich Stellung. Die Planungsgemeinschaften können außerdem mittel- und langfristige Investitionsbedarfspläne aufstellen.

Die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden soll durch Zusammenlegungen vermindert und ihre durchschnittliche Einwohnerzahl und auch ihre Mindesteinwohnerzahl dadurch fühlbar erhöht werden. Bei Zusammenlegung von kommunalen Gebietskörperschaften ist in jedem Fall auf die Entwicklung leistungsfähiger Regionalverbände Bedacht zu nehmen, die ihrerseits mit unmittelbar gewählten Vertretungskörperschaften auszustatten sind. Der Staat darf seine Ausgaben und Investitionsentscheidungen nicht mit unzureichenden „Postkutschen-Methoden“ soeben recht und schlecht bewältigen.

Das setzt voraus, daß in einer demokratischen Leistungsverwaltung an die Stelle der hierarchischen Strukturen der Obrigkeitsverwaltungen eine moderne Teamarbeit tritt und daß die Stellung des einzelnen durch ein modernes Personalvertretungsrecht gestärkt wird.

Wir werden das gesamte öffentliche Rechnungs- und Informationswesen unter optimaler Nutzung der Datenverarbeitung reformieren, um die Voraussetzungen für rationalere Investitionsentscheidungen zu verbessern.

Dabei müssen die demokratischen Vertretungskörperschaften in jedem Fall Zugang zu den entsprechenden Datenbanken haben.

##### **5. Prioritäten in der Landespolitik.**

Eine aktive Landesentwicklungspolitik und eine grundlegende Reform des Bildungssystems, das sind zwei

**Nur wenn künftig  
Politik in Bayern  
nach unseren  
Prioritäten gemacht  
wird, bleibt die  
Zukunft des Landes  
gesichert**

zentrale Aufgaben, denen wir uns mit aller Energie widmen werden. Die anderen Bereiche der Landespolitik werden wir deshalb nicht vernachlässigen. Dazu gehört der ganze Bereich der Gesundheitspolitik.

Wir werden uns besonders einsetzen für den Ausbau der Gesundheitsvorsorge und für Krankenhäuser, in denen allen Patientengleiche Behandlung garantiert ist. Ebenso wird der soziale Wohnungsbau als Schwerpunkt energisch vorangetrieben. Das öffentliche Engagement im Wohnungsbau bleibt eine Daueraufgabe. Wir halten auf allen regionalen Wohnungsmärkten ein Überangebot an Wohnungen von 3% für notwendig. Eine Leerreserve preiswert er Wohnungen ist der beste Mieterschutz.

Unsere Politik zugunsten der Arbeitnehmer wird die Risiken des Strukturwandels abbauen.

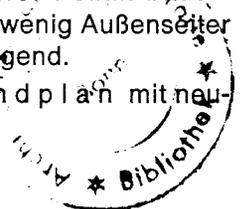
Durch Berufsforschung und intensivere Berufsberatung wird Fehlentscheidungen in der Berufswahl vorgebeugt werden. Wir werden Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten erweitern, insbesondere für ältere Arbeitnehmer und Hausfrauen, die nach einer längeren Pause wieder ins Berufsleben zurückkehren.

Zusammen mit der Bundesregierung werden wir die gesetzliche Voraussetzung für den Bildungsurlaub schaffen.

Die mittelständische Wirtschaft, den Fremdenverkehr, die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Gewerbe im Rahmen der Bundesrepublik und der EWG wird eine sozialdemokratische Staatsregierung tatkräftig fördern.

Unsere Sorge gehört auch den alten Menschen. Die Maßnahmen für die ältere Generation werden einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik bilden. Die alten Menschen dürfen genausowenig Außenseiter unserer Gesellschaft sein wie die Jugend.

Die SPD wird den Landesjugendplan mit neuen Schwerpunkten entwickeln.



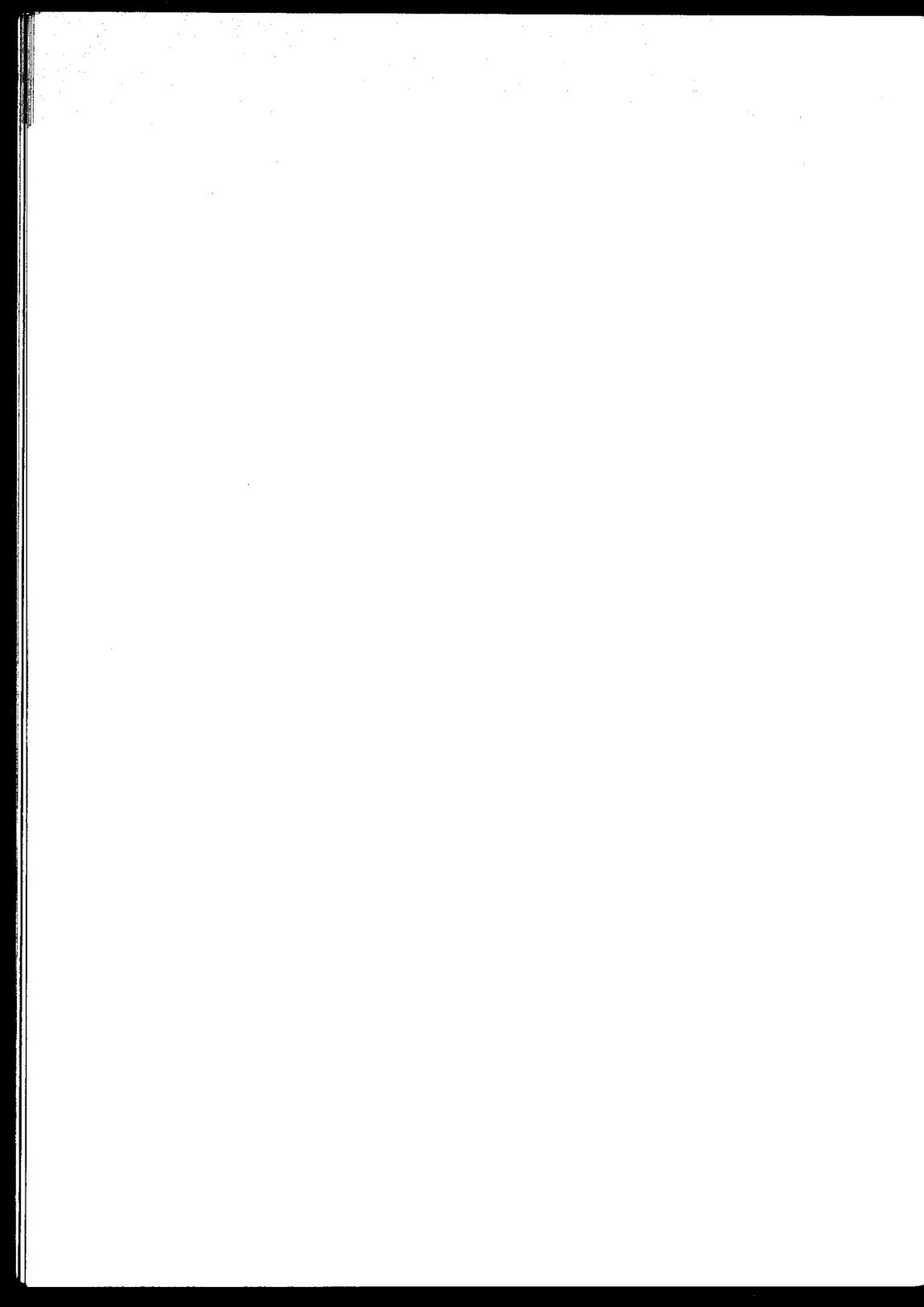
Sie wird die Rechtspolitik, soweit die Landeskompetenz dazu ausreicht, nach neuen Gesichtspunkten überdenken. Eine beschleunigte Rechtspflege soll dem Bürger zur Chancengleichheit vor den Gerichten verhelfen.

Die Verbrechensbekämpfung muß durch Ausstattung der staatlichen Organe mit den modernen technischen Hilfsmitteln sowie durch Verbrechensverbeugung auf dem Wege eines reformierten Strafvollzugs verstärkt werden. Ganz besonders wird sich die SPD für eine staatliche Unterstützung der Verbrechensopfer einsetzen. Verbrechensopfer brauchen die Hilfe der Gemeinschaft. Dazu gehört auch eine kostenfreie medizinische und psychologische Betreuung der Opfer von Verbrechen.

Für die genannten Bereiche werden wir unsere Vorstellungen darüber hinaus in detaillierten Spezialprogrammen vorlegen.

**Erstmals besteht die  
Chance, daß ein  
sozialdemokratisch  
regiertes Bayern  
mit der sozialdemo-  
kratischen Politik  
in Bonn konform  
gehen kann.  
Zum Nutzen unseres  
Landes**

Eine sozialdemokratische Staatsregierung wird eng mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Wir werden unsere Landesentwicklungspolitik mit ihr abstimmen und uns dabei nicht, wie die CSU, aus Rechthaberei auf langwierige Prinzipienstreitereien einlassen, die nur dazu führen, daß Förderungsmöglichkeiten für Bayern nicht ausgeschöpft werden. In den Prinzipien unserer Politik stimmen wir mit der Bundesregierung überein, das erleichtert eine Zusammenarbeit. Es wird deshalb auch nicht mehr vorkommen, daß Anträge auf Förderungsmittel nicht rechtzeitig eingehen zum Schaden für die betroffenen Regionen. Wir werden durch eine engere Zusammenarbeit größere Erfolge für Bayern erreichen.



Wir wissen, daß unsere Politik in einem gegebenen finanziellen Rahmen festgesetzt werden muß. Die Entwicklung des Brutto-Inland-Produkts und die geltende Finanzverfassung stecken diesen Spielraum ab. Selbstverständlich wird eine sozialdemokratische Regierung für die dringend erforderlichen Investitionen, insbesondere auf den Gebieten der Strukturpolitik und der Kulturpolitik, auch den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Sie wird sich dabei konjunkturgerecht verhalten.

Die gegebenen finanziellen Mittel erlauben jedoch nach unserer Auffassung eine weit wirksamere Politik für Bayern. Unsere Konzeption bringt einen politischen Fortschritt, der den Ertrag öffentlich verwendeter Gelder für die gesamte Bevölkerung erhöht.



Unsere Analyse der politischen Situation in Bayern, unsere Auseinandersetzung mit der Politik der CSU und unser eigenes Programm zeigen:

In Bayern ist vieles verschlafen und versäumt worden. Die CSU hat keine rationale Antwort auf die Herausforderungen der 70er Jahre gefunden. Ihre Politik führt auf die Dauer in eine Sackgasse, zur Verschärfung der Spannungen in unserem Lande und zur politischen Radikalisierung. Je länger diese Politik fortgesetzt wird, um so mehr kommt es zu irreparablen Fehlentwicklungen. Eine versäumte Schulbildung kann selten nachgeholt werden, eine verfehlte Standortentscheidung läßt sich kaum wieder rückgängig machen, eine zerstörte Landschaft ist nur unter großen Kosten wiederherzustellen.

Unsere politische Aufklärungsarbeit wird diese Risiken der CSU-Politik deutlich machen. Wir stellen unsere Konzeption der Reform und Entwicklung Bayerns zur Wahl. Bayern braucht diese Konzeption. Bayern braucht kein konservatives Beharren, sondern mutige Reformen durch demokratische Mitarbeit und Auseinandersetzung.

## **Bayern braucht eine SPD-Regierung!**



Bibliothek der FES



1158333

